

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Austr. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einchl. Bringerlohn 2.— für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. **Bankkonto:** Leipziger Buchdruckerei W. G., Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraph-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig:**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72206

Inseratenpreise: Die 10gepalt. Kolonellzeile 35 Pf., bei Platzvorricht 40 Pf., Stellenangebote 10gep. Kolonellzeile 25 Pf. Familiennachrichten von Privaten die 10gep. Kolonellzeile mit 50% Nachsch. Reklamazeile 2 Mk. Inserate v. ausw. die 10gep. Kolonellzeile 40 Pf., bei Platzvorricht, 50 Pf., Reklamazeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Postämter, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Die wacklige Hindenburg-Front

Krach im Brüning-Kabinett

SPD Von konservativer Seite wird gegen den Reichsaußenminister seit Wochen eine Intrige nach der anderen gespannt. Seinen vorläufigen Höhepunkt hat dieser unsaure Kampf jetzt in einer Veröffentlichung der offiziellen „Konservativen Korrespondenz“ gefunden, in der es u. a. heißt:

„Das offizielle Kommuniké, das die Reichspressstelle über die Sitzung des Reichskabinetts, in der der aus Genf zurückgekehrte Reichsaußenminister Dr. Curtius berichtet hat, veröffentlichte, bedarf insofern einer Richtigstellung, als es sich hierbei nicht um, wie das Kommuniké besagt, eine vollinhaltliche Billigung der von Curtius geführten Verhandlungen handelt. Vielmehr hat der Reichsminister lediglich dem Minister für seine Arbeit in Genf seinen Dank ausgesprochen. Curtius hat in Genf in den wesentlichen Fragen der Abrüstung, weiter in der Frage der Umschneidung der Revision unserer gesamten Außenpolitik nichts erreicht. Vor allem hat er es unterlassen, den ihm durch den Ausgang der deutschen Wahlen in die Hände gespielten Trumpf auch nur in der bescheidensten Form auszuspielen. Demgegenüber treten die spärlichen Erfolge, die er in der Memeländischen und auch in der Saarfrage angeblich erreicht hat, vollkommen zurück. Wir sind nach wie vor gleichgültig, ob ein längst überfälliger Reichspressekongress noch so spitzfindige Formulierungen in die Welt setzt, in der Ueberzeugung, daß auf dem Posten des Außenministers nicht ein nur verwaltungstechnisch begabter Epigone des Herrn Stresemann gehört, sondern ein Mann, der die außenpolitische Situation Deutschlands, die schon ohne unser Zutun an Chancen reicher geworden ist, zu meistern versteht.“

Wenn wir richtig unterrichtet sind, werden die Auslassungen der „Konservativen Korrespondenz“ innerhalb der Reichsregierung noch ein Nachspiel haben. Das scheint schon insofern notwendig, als das Kommuniké des Reichskabinetts über die Berichterstattung des Reichsaußenministers über Genf nicht nur die Zustimmung des Reichsanzlers, sondern auch die der Herren Schiele und Trevisanus gefunden hat. Wahrscheinlich deshalb haben sich die beiden letzteren besonders berufen, das Kommuniké möglichst häufig zwei oder dreimal attackieren zu lassen.

Curtius vor dem Sturz?

SPD Berlin, 10. Oktober.

Die „Vossische Zeitung“ berichtet: „Der Reichsaußenminister Dr. Curtius wird sich am Freitag unmittelbar nach der Rückkehr von der Beisetzungsfeier für seine Mutter den Gegnern von Stresemann Positiv in der eigenen Fraktion zu stellen haben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Entscheidung gegen ihn fällt, daß die Deutsche Volkspartei sich tatsächlich vom Kabinett Brüning „distanziert.““

Kemmerle flieht vorm Reichsgericht

Die Kleinen läßt man hängen, die Großen reißen aus

Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Hermann Kemmerle, seines Zeichens Parteisekretär in Berlin, sollte sich am Freitagmorgen wegen Vorbereitung zum Hochverrat vor dem vierten Strafsenat des Reichsgerichtes verantworten.

Kemmerle, der in der vorigen Sitzungsperiode des Reichstages seine Immunität dazu benutzte, für fast alle KPD-Zeitungen als verantwortlicher Redakteur zu zeichnen, war des sogenannten „literarischen Hochverrates“ angeklagt. Er hat es aber vorgezogen, nicht zu der Verhandlung zu erscheinen, sondern sich ins Ausland, in den „sonnigen Süden“ zu begeben. Der „Führer“ des Proletariats überläßt also seinen Redakteuren „dritten Grades“ die Verantwortung und Verurteilung und wartet im Ausland auf die Wiederherstellung seiner Immunität, die mit dem Zusammentritt des Reichstages, am 13. Oktober 1930, eintritt.

Nicht viel anders ist es mit dem kommunistischen Reichstagsabgeordneten Walter Urbich, der sich am Sonnabend wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu verantworten hat. Auch dieser „Held“ hat sich der Verantwortung durch die Flucht entzogen. Er leistet dem großen Hermann auf seiner Fernreise nach dem Süden Gesellschaft. Auch diese Verhandlung mußte abgesehen werden.

Während also die kleinen kommunistischen Funktionäre vom Reichsgericht ins Gefängnis gesteckt werden, und so ihren Idealismus mit ihrer Freiheit büßen müssen, verkrümeln sich die „großen Führer“ rechtzeitig.

Geht kommunistische Helden!

Sein Wille!

SPD Berlin, 10. Oktober.

In unterrichteten Kreisen der Reichsregierung verlautet, daß der Reichspräsident entschlossen ist, künftig kein Kabinett ohne Trevisanus und Schiele zu bilden. Inwieweit diese Information den politischen Realitäten im gegebenen Falle Rechnung zu tragen vermag, bleibt abzuwarten.

Hitler gegen Brüning

Wie von nationalsozialistischer Seite mitgeteilt wird, hat die Reichstagsfraktion der Nationalsozialisten im Reichstage bereits einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Brüning eingebracht. Angeblich, um die Sozialdemokratie zu zwingen, Farbe zu bekennen.

Die viel zu hohen Gehälter

SPD Berlin, 10. Oktober.

Der Reichsanzler will eine Aktion zum Abbau der hohen Gehälter einleiten. Er beabsichtigt, zunächst Verhandlungen mit der Reichsbahn und der Reichsredaktion zu führen. Außerdem sind Verhandlungen mit den großen Unternehmerverbänden in Aussicht genommen.

Inwieweit es möglich sein wird, die Spitzengehälter in den betreffenden Institutionen abzubauen, ist nicht ohne weiteres zu entscheiden. Sowohl die Direktoren der Reichsbahn als die der Reichsredaktion haben langfristige Verträge, über die hinaus jede private Vereinbarung nur insofern möglich ist, als die von einem Gehaltsabbau betroffenen Direktoren sich mit einem Abbau einverstanden erklären. In vielen Fällen eines Gehaltsabbaus tritt die Möglichkeit ein, daß der betreffende Direktor als pensionierter Beamter mehr bezieht als es einem aktiven Beamten zukommt. Insofern ist die Wahrscheinlichkeit gegeben, daß die betreffenden Direktoren zwischen einem Gehaltsabbau bzw. einer Pensionierung zu wählen haben.

Hindenburg lehnt ab

RTS Berlin, 10. Oktober.

Der Reichspräsident hat das von einem der Verteidiger der drei vom Reichsgericht verurteilten Reichswehroffiziere an ihn gerichtete, in der Presse veröffentlichte Gesuch um Bestätigung mit der Begründung abgelehnt, daß die Notwendigkeit, gerade in politisch bewegter Zeit dienliche Zucht und Unterordnung in der Reichswehr unerschütterlich aufrechtzuerhalten, die gnadeweise Aufhebung des Urteils und — wenigstens zur Zeit — auch eine Milderung der Strafe nicht zuläßt.

Flottenausrüstung

SPD Paris, 9. Oktober.

Im Hafen von Brest ist am Donnerstag der 10000-Tonnen-Kreuzer „Duplex“ im Gegenwart des Präsidenten der Republik vom Stapel gelassen worden. Der „Duplex“ ist der sechste seit 1922 gebaute 10000-Tonnen-Kreuzer. Er ist mit acht Kanonen von 203 Millimeter Bestückung ausgerüstet und besitzt eine Schnelligkeit von 33 Knoten.

In seiner Festrede in Brest hat sich der Präsident der Republik einen sehr auffälligen Ausflug auf das Gebiet der Außenpolitik geleistet, der zu der traditionellen Zurückhaltung, die für das französische Staatsoberhaupt erste Pflicht ist, keineswegs passen will. Herr Doumergue betonte zwar, daß Frankreich nur den Frieden wolle, aber er fuhr mit offener Anspielung auf die außenpolitischen Vorgänge in Genf und in Deutschland und in nicht mißzuverstehender Polemik gegen Briand fort, es könne nicht daran denken, weiter abzurufen. Es müßte allein in Erinnerung an die zwei blutigen kriegerischen Einfälle im letzten halben Jahrhundert unbedingt auf der Hut sein. Allerdings nähre es keine schlechten Absichten gegen den Weltfrieden. Wie seine Marine nur dazu diene, die Küste und das weite Kolonialreich zu schützen, so sei sein Heer ausschließlich dazu bestimmt, neue Angriffskriege gegen Frankreich zu verhindern.

Ausrangierung alter Kästen

SPD Washington, 9. Oktober.

Auf Grund der Londoner Flottenvereinbarungen ordnete das Marineministerium die Verminderung des Marinepersonals um 4800 Personen und die Außerdienststellung von 17 Zerstörern an. Die Zerstörer-Tonnage wird damit, entsprechend den Londoner Vereinbarungen, von 290 000 auf 150 000 Tonnen reduziert. Außerdem steht der Abbau der U-Boot-Tonnage von 70 000 auf 52 000 Tonnen bevor.

Gegen den Brüning-Plan!

Positive Politik!

Von Richard Kleinibist.

Die gegenwärtig so schwierige politisch-wirtschaftliche Situation, die frische Entschlußkraft und Mut zu Neuerung und Umbildung erfordert, scheint statt dessen die verantwortlichen Männer mit Furcht und Lähmung geschlagen zu haben. Sie zögern, wo sie handeln sollten; sie warten ab, harren auf Entwicklung, statt zuzupacken und den Gang der Entwicklung zu dirigieren. Um so freier tummeln sich die Unverantwortlichen auf dem Feld der Politik, Nationalsozialisten und Kommunisten arbeiten mit dem Dampfzug der Demagogie und läsen gewissenlos aus dem Saß ihrer Unversaltrrepte eine Drachensaat aus, die zu einer Ernte des Bürger- und Völkerrkriegs führen kann. Es genügt nicht, will man das Unheil verhindern, daß man sich nur auf den kommenden Entscheidungslampf vorbereitet. Es muß schon jetzt auf- und ausgeräumt werden, sonst kann es leicht zu spät sein.

Es liegt die Gefahr so nahe, daß wir in den ersten Tagen des Reichstagszusammentritts vor Entscheidungen gestellt werden, denen auszuweichen bedeutet, den verderblichen Kreislauf eröffnen, wo ein Veräumnis das andere nach sich zieht. Wir aber dürfen nichts mehr versäumen. Wir müssen gewinnen und müssen darum wagen. Müssen wagen, dem gefährlichen Plan der Brüning-Dietrich einen eigenen entgegenzusetzen. Charakteristischerweise hat das Kabinett von Gnaden Hindenburgs seinen Plan „dem deutschen Volk“ und nicht dem Parlament unterbreitet (wenn auch den Großkapitalisten gewidmet); auf diesen Spuren können wir ihm folgen, unseren Plan aber dem deutschen Volk, den werktätigen Massen nicht nur unterbreiten, sondern auch widmen. Vorausgesetzt, daß man die Ueberzeugung hat, daß auch im Rahmen der heutigen Wirtschaftsweise, also ohne „sozialistische Experimente“, ein gut Teil der Wirtschaftsschwierigkeiten, der Arbeitslosenkatastrophe gemildert und behoben werden kann. Und die Ueberzeugung haben wir doch! Freilich, wenn wir sagen, im Rahmen der heutigen Wirtschaftsweise, so meinen wir allerdings, daß heute die Nachwachsterrolle des Staates nicht mehr als Prinzip der kapitalistischen Wirtschaft gelten kann.

Positive Vorschläge liegen ja schon da, wenn sie wohl auch noch nicht ausgearbeitet sind. Die Gewerkschaften fordern Verkürzung der Arbeitszeit, damit der größere Teil der Arbeitslosen wieder in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden kann. Sicher ein Stück wirklich produktiver Arbeitslosenfürsorge! Die ökonomischen Gegebenheiten bieten genügend Handhabe zur Durchführung. Der Produktionsapparat ist da, er muß nur in Bewegung gesetzt werden. Vermehrte Arbeit, vermehrte Kaufkraft, vermehrter Absatz, vermehrte Arbeit — das ist das Schema. Ein Schema, wir wissen es sehr wohl, es geht auf dem Papier glatter und einfacher als in der Wirklichkeit, aber die theoretische Erwägung zeigt doch auch die Durchführbarkeit. Nicht ohne Bedeutung, daß die „Frankfurter Zeitung“ dies Thema durch den Artikel eines Industriellen zur Diskussion gestellt und eine Fülle von Antworten erhalten hat, die zwar Einwendungen und Änderungsvorschläge enthalten, aber doch den Grundzug bejahen. So weit ist man also immerhin schon sogar im bürgerlichen Lager.

In dem Plan der Arbeitszeitverkürzung, mit dem natürlichen Sicherungen gegen Hefttempo und der Zwang zur Neu- oder Wiedereinstellung von Arbeitskräften verbunden sein müßte, liegt schon angedeutet der Weg zur Erhaltung des Lohnstandards im ganzen. Um zu einer Erhöhung der Konsumkraft zu kommen, müßte er ergänzt werden durch eine Steigerung des Reallohns statt der entgegengesetzten Pläne der Regierung. Es bedarf dazu keiner Erhöhung des Nominallohns, nur einer Preislenkung. Auf dem Papier steht zwar eine Kartellverordnung, aber in Wahrheit ist von einer Preislenkung gerade der für den Massenkonsum bestimmten Erzeugnisse keine Rede. Wir zahlen in Deutschland nach wie vor weit überhöhte Preise. Also Brechung der Monopolherrschaft der Trusts und der Preisdiktatur der Kartelle! Es liegt ja an sich durchaus im Wesen der kapitalistischen „freien“ Wirtschaft, wie sich heute selbst noch deklarieren, daß in Zeiten der Krise der Umschwung durch Preislenkung, also Preisabschlag, vorbereitet wird. Dieser Weg ist heute durch die Monopolherrschaft versperrt. Und soll denn „der Staat“ nur dazu da sein, Zölle zu erhöhen, Subventionen zu bewilligen, Fehlinvestitionen, also totem Kapital, zur hohen Verzinsung zu verhelfen, kurz, die Hausknechtarbeit für das Privatkapital zu übernehmen? Bis jetzt hat er in der Hauptache diese Funktion übernommen und die Pläne des Reichskabinetts sollen ja den „produktiven Ständen“ den Schmerz einer Preislenkung ersparen. Daß dabei „die Wirtschaft“ noch ein bißchen mehr kaputt geht, das brauchen diese „Führer“, die ihren Befähigungsnachweis in der Inflation schon erbracht haben, ja nicht zu sehen. Aber wir müssen es sehen und müssen es sagen! Müssen nachweisen, daß die Verfassung, wie sie